

Wählergemeinschaft **Die Hannoveraner**

Vernunft statt Ideologie

werteorientiert, ehrlich und fair

PROGRAMM

- 1 PRÄAMBEL**
- 2 KAMPF GEGEN EXTREMISMUS**
- 3 BÜRGER UND DEMOKRATIE**
- 4 ÖFFENTLICHE SICHERHEIT**
- 5 WOHNUNGSPOLITIK**
- 6 FAMILIE**
- 7 VERKEHRSPOLITIK**
- 8 INNENSTADTKONZEPT DER HANNOVERANER**
- 9 WIRTSCHAFT**
- 10 FINANZEN UND VERWALTUNG**
- 11 BILDUNG, SCHULE, KITA**
- 12 SOZIALES**
- 13 ZUWANDERUNG UND INTEGRATION**
- 14 UMWELT**
- 15 LANDWIRTSCHAFT, LANDSCHAFT UND JAGD**
- 16 KULTUR UND SPORT**

1) PRÄAMBEL

DIE HANNOVERANER sind eine unabhängige Wählergemeinschaft mit bürgerlich-konservativer Ausrichtung. Sie wollen die politische Gegenwart und Zukunft in der Stadt und der Region Hannover entsprechend den Zielen dieses Programms mitgestalten.

Dabei haben sie stets auch das Gesamtwohl Deutschlands im Blick.

Die Zielvorstellung der HANNOVERANER ist eine gesunde und starke Stadt/Region Hannover in einem freien, demokratischen und solidarischen Deutschland. Alle Bürger sollen Anteil haben am gesellschaftlichen Wohlstand, an der inneren Stabilität und an einer lebenswerten Umwelt.

Die Stadt und die Region Hannover soll genauso wie unser Land Deutschland von ehrlichen und unabhängigen Persönlichkeiten regiert werden, die als Vertreter des Volkes uneigennützig und verantwortungsbewusst zum Wohle heutiger wie zukünftiger Generationen handeln.

Zum Selbstverständnis der HANNOVERANER zählen die Stärkung und die Weiterentwicklung

von Demokratie und Rechtsstaat im Rahmen einer verfassungsmäßigen Ordnung. Sie begreifen das deutsche Volk auch in Hannover als den höchsten Souverän in der Demokratie, dessen Wille von den gewählten Politikern respektiert und in praktisches Handeln umgesetzt werden muss.

Wir HANNOVERANER wünschen uns eine ehrliche, offene und transparente Politik.

Eine Diffamierung, bzw. Diskriminierung politisch andersdenkender Demokraten lehnen wir ebenso ab wie die in der Politik leider weit verbreitete Heuchelei und das „Messen mit zweierlei Maß“.

Wir sind gegen eine übertriebene „Wokeness“, ebenso wie gegen eine übertriebene „Political Correctness“.

Jeglichen Versuch, sogenannte „Cancel Culture“ bei unliebsamen Veranstaltungen u.ä. zu praktizieren, lehnen wir ebenfalls ab.

Denn nur so lässt sich – davon sind wir überzeugt – ein noch weiteres Ansteigen der Politikverdrossenheit vermeiden.

2) KAMPF GEGEN EXTREMISMUS

Wir sind gegen Islamismus, Linksextremismus und Rechtsextremismus.

Wir fordern die verantwortliche Politik und die Justiz im Kampf gegen den Extremismus und seiner fanatischen Anhänger zu einer Null-Toleranz-Strategie auf!

Wir treten entschlossen dem Antisemitismus, der Ausländer- und der Deutschenfeindlichkeit entgegen! Zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger in der Stadt und der Region Hannover.

3) BÜRGER UND DEMOKRATIE

Keine Denkverbote und Einschüchterung von politisch andersdenkenden Demokraten!
Keine Eingriffe von staatlicher und nicht-staatlicher Seite in die Meinungsfreiheit!

Ja zu mehr Bürgerentscheiden auf kommunaler Ebene, welche die Kommunalpolitik dann auch zu respektieren und zügig umzusetzen hat.

Weniger Einfluss, weniger „Filz“ der Parteien:

Die Dezernentinnen und Dezernenten sollten nicht vorrangig einer Partei angehören. Was zählt, ist allein die fachliche Qualifikation und nicht das „richtige“ Parteibuch.

4) ÖFFENTLICHE SICHERHEIT – HANNOVER MUSS WIEDER ATTRAKTIV WERDEN!

Die Sorgen, Ängste und Befürchtungen der Bürgerinnen und Bürger, nicht nur in Bezug auf die öffentliche Sicherheit in Hannover, müssen von der Politik endlich ernster genommen werden als bisher!

Thema „problematische“ Plätze in der City, wie zum Beispiel der Raschplatz:

Wir verstehen die Probleme der Trinker und der Drogensüchtigen.

Dennoch sind wir HANNOVERANER der Auffassung: Das Wohl und die Interessen der

Mehrheit aller Bürgerinnen und Bürger zählt deutlich mehr als das Wohl und die Interessen von Wenigen!

Die offene Rauschgift- und Trinkerszene zum Beispiel am Raschplatz und auch an anderen Stellen der City und der Region kann nicht geduldet werden! Besucher der hannoverschen Innenstadt werden dadurch verschreckt.

Pläne für die Umgestaltung des Bereichs Raschplatz werden generell von uns HANNOVERANERN unterstützt. Vorher muss Hannover jedoch das problematische Klientel in den Griff bekommen.

Hannover muss in Zukunft deutlich entschlossener gegen die zunehmende Vermüllung der gesamten Stadt vorgehen!

Wir HANNOVERANER fordern in diesem Zusammenhang mehr Kontrollen und deutlich höhere Bußgelder, um der zunehmenden Vermüllung der Stadt und der Region entgegenzuwirken.

Hannover muss in Zukunft deutlich konsequenter als bisher gegen gewerbsmäßige Bettelbanden -auch wenn diese schon weniger wurden- vorgehen! Denn diese „verschrecken“ potentielle Besucher der City .

Hannover verzeichnet immer mehr Gewalttaten, schwere Körperverletzungen und Messerstechereien. Gleichzeitig treiben organisierte Diebesbanden, die es oft auch auf Senioren abgesehen haben, in der Innenstadt ihr Unwesen.

Die niedersächsische Landeshauptstadt ist seit Jahren bereits unter den Top 5 der gefährlichsten Städte in Deutschland.

Auch wenn die politisch Verantwortlichen gern das Gegenteil behaupten: Hannover ist unsicher!

Wir HANNOVERANER fordern daher: Die Stadt und die Region Hannover Hannover müssen sich konsequent für eine kompromisslos-harte Linie bei der Bekämpfung von Kriminalität einsetzen!

Keine Kuscheljustiz!

Null Toleranz bei Gewalt-, Sexual- und Intensivtätern! Opferschutz geht vor Täterschutz!
Harte und kompromisslose Bekämpfung der Jugendgewalt!

Die Stadt Hannover muss sich dafür einsetzen, dass Straftäter besonders bei Delikten wie Körperverletzung, Sexualstraftaten, Diebstahl und auch beim Missbrauch von Sozialleistungen die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommen!

Der städtische Ordnungsdienst muss deutlich besser bezahlt werden, mehr Kompetenzen erhalten und in Zukunft auch entsprechend gut ausgerüstet sein. Dazu zählen u.a. Bodycams, Diensthunde und eine entsprechende Ausrüstung, um sich ggf. zur Wehr setzen zu können.

Wir setzen uns ein für gemeinsame Streifengänge von städtischem Ordnungsdienst zusammen mit der Polizei. Zumindest in Gegenden mit erhöhter Kriminalität.

Der städtische Ordnungsdienst und die Stadt Hannover müssen die Polizei und die Justiz unterstützen, wo immer es nur geht.

Wir fordern einen spürbaren Ausbau der Videoüberwachung von Kriminalitäts-Schwerpunkten, sowie

an allen oberirdischen ÖPNV Haltestellen!

Etliche Fälle aus anderen Städten haben gezeigt: Videoüberwachung wirkt! Sie hilft, die Täter zu identifizieren.

Ferner fordern wir, dass die Stadt sich einsetzt für ein konsequentes und hartes Vorgehen gegen kriminelle Clans.

Die Bemühungen der aktuellen Bundesregierung erkennen wir an. Dennoch bleibt es dabei: Verwaltung und Stadt Hannover müssen sich stärker für eine schnelle und konsequente Abschiebung von ausreisepflichtigen Ausländern und Asylbewerbern einsetzen.

Das gilt vor allem dann, wenn diese während ihres Aufenthaltes straffällig geworden sind.

Schuss- und Stichwaffen müssen in der gesamten Innenstadt (innerhalb des Cityrings) an sieben Tagen in der Woche durchgehend verboten sein. Das Verbot muss durch sehr engmaschige regelmäßige Kontrollen durchgesetzt werden. Verstöße müssen konsequent und hart geahndet werden.

Jäger, Sportschützen und sonstige befähigte Personen sind davon ausgenommen.

Und schließlich: Bei den Tätern muss ENDLICH Ross und Reiter, wie zum Beispiel die Identität des Täters, benannt werden! Im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und unserer Region.

Auch hier gilt: Ein Schönreden, Verschweigen und Kleinreden hilft keinem und wird nur zu einem weiteren Anstieg der Politikverdrossenheit führen.

Die unabhängige Wählergemeinschaft DIE HANNOVERANER möchte ganz Hannover wieder sicherer und lebenswerter machen.

Im Interesse aller Menschen, die rechtstreu in unserer Stadt und unserer Region leben.

Damit Jeder und Jede sich jederzeit in Hannover sicher und wohl fühlen kann.

5) WOHNUNGSPOLITIK

Wohnen muss wieder bezahlbar werden und darf nicht arm machen!

Daher schlagen DIE HANNOVERANER u.a. folgendes vor:

Schaffung von mehr kleineren Wohneinheiten wie z.B. 3-Zimmer Wohnungen mit etwas geringerer Wohnfläche sowie 1- und 2-Zimmer Wohnungen.

Wir begrüßen die geplante Vereinfachung des Wohnungsbaus durch deutlich weniger Bürokratie, Vorschriften und Auflagen. Allerdings müssen den Worten auch zügig Taten folgen.

Keine weiteren Erhöhungen der Grundsteuer, sondern stattdessen eine Reduzierung derselben, um potenzielle Investoren/Gewerbetreibende anzulocken.

Ferner eine möglichst komplette Abschaffung der Grunderwerbssteuer, um auf diese Weise den Kauf von Wohneigentum gerade auch für junge Familien zu vereinfachen.

Bei der Schaffung von neuem Wohnraum in Hannover muss es möglich sein, in Zukunft auch

mehr „in die Höhe“ zu bauen. Hochhäuser dürfen generell kein Tabu mehr darstellen. Auch eine nachträgliche bauliche „Aufstockung“ zur Schaffung von Wohnraum auf Flachdachgebäuden sollte forciert werden, sofern die statischen Voraussetzungen auf den Gebäuden dafür vorhanden sind.

Ferner muss geprüft werden, ob und wie ehemalige Gewerbeobjekte möglichst kostengünstig zu Wohnraum umgewidmet werden können und eine „Nachverdichtung“ der Stadt durch das Schließen von Baulücken realisiert werden kann.

Wir HANNOVERANER begrüßen es, dass in der hannoverschen Politik gerade über genau diese Punkte konstruktiv diskutiert wird.

Der soziale Wohnungsbau muss deutlich ausgeweitet werden. Allerdings muss dabei realistisch festgestellt werden, dass der Bau von günstigem Wohnraum wirtschaftlich unter den momentanen Bedingungen (hohe Preise für Material und Handwerker, zu viel Bürokratie) kaum zu realisieren ist.

Eine sog. „Ghettobildung“ muss durch ein intelligentes Quartiersmanagement unbedingt vermieden werden.

Ein Vorbild wäre hier evtl. das "Wiener Modell" ("Putzfrau wohnt neben Professor").

Es sollte die Möglichkeit geprüft werden, ob brachliegende Ackerflächen am Stadtrand ggf. in Bauland umgewandelt werden könnten.

Es darf keine finanziellen Anreize für private Vermieter geben, damit diese den vorhandenen Wohnraum vorrangig an Flüchtlinge vermieten.

Es ist schon seit langen ein „Tabuthema“ in der Politik: Einer der Gründe für die angespannte Lage am Wohnungsmarkt ist auch die starke, illegale Zuwanderung aus anderen Ländern. Daher ist es nicht nur aus diesem Grund dringend notwendig, die illegale Migration konsequent zu beenden.

Asylbewerber im laufenden Anerkennungsverfahren sowie geduldete, vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer sollten grundsätzlich in Gemeinschaftsunterkünften und nicht in eigenen Wohnungen untergebracht werden, um so die Nachfrage nach günstigem Wohnraum im Raum Hannover im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger zu dämpfen.

Die Politik hat die "moralische Pflicht", alles dafür zu tun, damit sich die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt auf dem Wohnungsmarkt nicht benachteiligt fühlen bzw. die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht das Gefühl bekommen, dass bestimmte Gruppen wie auch immer "bevorzugt" werden.

Der Abriss von alten, nicht-denkmalgeschützten Häusern muss -wo immer es geht- vermieden werden! Ein wirksames Mittel zum Erhalt von historischen Gebäuden ist die Erhaltungs-Satzung, welche unserer Meinung nach deutlich öfter angewandt werden sollte.

6) FAMILIE

Die unabhängige Wählergemeinschaft DIE HANNOVERANER nimmt zur Kenntnis, dass Familien heutzutage nicht mehr nur aus „Vater, Mutter und Kind(ern)“ bestehen. Es gibt

viele Formen der Familie und des Zusammenlebens. Das einzige, was dabei wirklich zählt, ist, dass man gemeinsam glücklich ist.

Wir HANNOVERANER sprechen uns für eine deutlich stärkere Förderung von Betriebskitas aus.

Damit einhergehend ist es unerlässlich, dass der Beruf der Erzieherin / des Erziehers attraktiver gestaltet wird. Die Einflussmöglichkeiten der Stadt liegen da insbesondere auch im finanziellen Bereich.

Familien mit Kindern müssen mehr zur Verantwortung gezogen werden: Es kann und darf nicht sein, dass Kitas und die Schule die Versäumnisse des Elternhauses ausgleichen müssen. Kinder müssen in Zukunft deutlich besser als bisher vor Vernachlässigung geschützt werden: Wir HANNOVERANER fordern daher regelmäßige verbindliche Vorsorgeuntersuchungen. Die Mitarbeiter der Jugendämter müssen mit deutlich mehr Rechten ausgestattet sein, um bei einem Verdacht auf Kindeswohlgefährdung schnell und konsequent einschreiten zu können.

Bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung: Regelmäßige und vor allem unangemeldete Kontrollbesuche des Jugendamtes bei der entsprechenden Familie.

Zur Eindämmung des Alkoholkonsums von Kindern und Jugendlichen fordern wir den verstärkten Einsatz von minderjährigen Testkäufern in den Märkten und an Kiosken. Für eine stärkere Unterstützung von allein erziehenden Müttern und Vätern!

Für eine regelmäßigere und unangemeldete Kontrolle der Zustände in den Alten- und Pflegeheimen sowie in Kinderschutz-Einrichtungen.

Für eine stärkere Förderung des ehrenamtlichen Engagements von Senioren.

7) VERKEHRSPOLITIK

Wir HANNOVERANER sind der Überzeugung: Ein gutes Nebeneinander von allen Verkehrsteilnehmern ist möglich, wenn alle Beteiligten sich ein wenig Mühe geben.

Ideologie hat in der Verkehrspolitik nichts zu suchen! Jeder muss selbst und ohne irgendeine Art der Bevormundung entscheiden können, welches Verkehrsmittel er bzw. sie wählt.

Daher: Keine Schikanen! Hannover muss für Autofahrer attraktiv bleiben!
Hannover braucht insgesamt ein gutes und leistungsfähiges Straßensystem.

Die Stadt Hannover rühmt sich gern für ihre „Toleranz und Vielfalt“: Doch genau diese „Toleranz und Vielfalt“ gilt in Hannover scheinbar nicht für Autofahrer.

Tempo 30 Zonen nur in bestimmten Seitenstraßen bzw. vor Schulen, Kitas und Pflegeheimen.

Keine Tempo 30 Zonen auf Hauptverkehrsstraßen!

Keine Sperrung von einzelnen Straßen, da so der Verkehrsfluss behindert wird.

Keine „Verschmälerung“ des Cityrings, da diese Maßnahme ebenfalls Staus und eine starke Behinderung des Verkehrsflusses zur Folge hätte.

Auf möglichst allen Hauptverkehrsstraßen sollte es eine „grüne Welle“ geben, welche ebenfalls zu einer deutlichen Verflüssigung des Verkehrs beitragen würde.

Es sollte geprüft werden, ob und wenn ja, welche großen Ampelkreuzungen mittelfristig durch Kreisverkehre ersetzt werden könnten.

Mehr grüne Rechtsabbiegerpfeile an Ampeln und mehr ampelfreie Rechtsabbiege-Spuren, wo immer es baulich und verkehrstechnisch zu realisieren ist.

Ja zu günstigen bzw. günstigeren Parkgebühren in der City!

Entwicklung eines Konzeptes, wonach Personen, die in einem Geschäft in der Innenstadt für eine bestimmte Summe eingekauft haben, kostenlos parken können.

Auch sprechen wir HANNOVERANER uns für die Wiedereinführung der „Brötchentaste“ an kostenpflichtigen Parkplätzen aus.

Maßnahmen der Überwachung des fließenden Verkehrs und hier insbesondere die Geschwindigkeitskontrollen haben ausschließlich dem Zweck zu dienen, Unfallschwerpunkte zu entschärfen und die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer zu erhöhen. Sie dürfen nicht von der Stadt Hannover oder den Kommunen der Region missbraucht werden, um zusätzliche Einnahmen für die Stadtkasse zu generieren.

Ja zum weiteren Ausbau des ÖPNV Netzes. Nur ein wirklich attraktiver ÖPNV (und nicht Zwang oder Schikane!) wird die Menschen evtl. dazu bringen, vom Auto auf Bus und Bahn umzusteigen. Dazu zählt auch eine Taktverdichtung des ÖPNV, wo immer dieses möglich ist.

Eine von Teilen der Bevölkerung gewünschte und sicherlich auch ökologisch sinnvolle autofreie bzw. autoarme Innenstadt ist unserer Meinung nach zumindest zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht zu realisieren.

Eine autofreie Innenstadt schadet allerdings dem Einzelhandel in der City und wäre nicht nur wirtschaftlich unverantwortlich.

Hierzu bräuchte es zum einen vor allem einen deutlich attraktiveren und besser vernetzten ÖPNV, oder auch große, kostenlose Parkplätze außerhalb der Innenstadt.

Allerdings: Der ökologisch wünschenswerte Umstieg auf den ÖPNV ist allein schon aus Kapazitätsgründen nur begrenzt möglich und lässt sich schon aus diesem Grund nicht erzwingen.

Keine kostenlose Mitnahme von Fahrrädern in den Bahnen der Üstra, da pro Rad mehrere Sitzplätze blockiert werden.

Bau von Buscaps (Haltebuchten für Busse), wo immer es möglich ist. Damit der Verkehr sich in Zukunft nicht mehr hinter den haltenden Bussen staut.

Wir begrüßen den weiteren Ausbau des Radwegenetzes. Investitionen in diesen Bereich werden von uns HANNOVERANERN unterstützt.

Zur Finanzierung des Radwegenetzes könnte ggf. auch über eine Fahrrad-Citymaut nachgedacht werden.

Unabhängig davon sind wir HANNOVERANER gegen den Wegfall von Parkplätzen in Wohngebieten zugunsten von Velorouten.

Keine Umbenennung von Straßen ohne die ausdrückliche Zustimmung der betroffenen Anlieger. Dieses gilt insbesondere auch für bereits lange existierende Straßennamen.

In der Region sprechen sich die HANNOVERANER für weniger beschränkte Bahnübergänge zugunsten von Brücken und Unterführungen aus.

Thema E-Scooter: Da es leider nicht möglich war, klare verbindliche Regeln für die Nutzung der E-Scooter durchzusetzen und da die Scooter mittlerweile für sehr viele Bürger zu einem großen Ärgernis geworden sind, fordern wir HANNOVERANER eine offizielle Abstimmung über den Verbleib bzw. die Abschaffung der E-Scooter in Hannover (nach dem Vorbild der Stadt Paris). Das Ergebnis soll für die Ratsgremien bindend sein und auch als Vorbild für andere Kommunen der Region gelten.

8) INNENSTADTKONZEPT DER UNABHÄNGIGEN WÄHLERGEMEINSCHAFT DIE HANNOVERANER

(Entwickelt im Sommer 2024 und dem Rat der Stadt Hannover vorgelegt)

Wir HANNOVERANER setzen auf zwei Hauptbereiche, um unsere Innenstadt lebendig und attraktiv zu gestalten:

1)Sicherheit und Wohlbefinden:

Die Bürgerinnen und Bürger und die auswärtigen Gäste unserer Stadt sollen sich zu jeder Zeit, auch abends, in der City sicher fühlen!

Eine lebendige Innenstadt, in der sich die Menschen gerne aufhalten, ist unser Ziel.

2) Wirtschaftlicher Wohlstand:

Eine starke Wirtschaft bedeutet Lebensqualität für alle.

Eine kunden- und verbraucherfreundliche City ist daher unserer Meinung nach essenziell. Wenn unsere hannoversche Wirtschaft floriert, profitieren alle davon.

Thema Einladende Veranstaltungen und Sauberkeit:

Interessante Events können - wenn sie wirklich interessant sind - Familien und andere Besucher in die Stadt locken. Besonders der Opernplatz eignet sich natürlich hervorragend für Veranstaltungen.

Um dies zu ermöglichen und auch um dem Opernplatz ein insgesamt positives Image zu verleihen, sollte der Platz zukünftig für Demonstrationen gesperrt werden.

Ein zentraler Großspielplatz nach dem Vorbild der Brodelburg am Zoo könnte ebenfalls auf einem Teil des Opernplatzes entstehen.

Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit, besonders auch abends und nachts, muss auch hierbei oberste Priorität haben!

Verkehrsfreundliche Maßnahmen:

Unsere Innenstadt soll jetzt und auch in Zukunft gut erreichbar bleiben. Alle bestehenden Parkplätze müssen daher erhalten bleiben.

Unabhängig davon begrüßen wir HANNOVERANER die Ausstattung von möglichst vielen Parkplätzen mit E-Ladesäulen, wobei die Parkgebühren für E-Autos und Verbrenner sich nicht unterscheiden dürfen.

Um die Innenstadt insgesamt auch für Besucher von außerhalb attraktiver zu machen, setzen wir uns für niedrigere Parkgebühren - allerdings bis 20 Uhr - ein. Wenn zukünftig Verbrenner und E Autos die gleichen Parkgebühren bezahlen, ist diese Maßnahme problemlos finanzierbar.

Bestimmte Bereiche, in denen man auch jetzt schon aufgrund der Lage sehr langsam und vorsichtig fahren muss, wie die zum Beispiel die Georgstraße, die Ständehausstr und die Windmühlenstraße, könnten als Shared Space Area eingerichtet werden, wo die Autos beispielweise nur noch mit 10 km/h fahren dürfen.

Eine autofreundliche Stadt, davon sind wir HANNOVERANER nach wie vor überzeugt, kann dennoch auch grün und einladend sein.

"Autofreundlichkeit" und "schön/ Lebensqualität" muss nicht unbedingt ein Widerspruch sein.

Begrünung und Attraktivität:

Wir sind offen für die Begrünung von Fassaden, Dächern und Plätzen. Ebenso für eine Begrünung der Raschplatz Hochstraße (wie sie von uns HANNOVERANERN übrigens auch schon einmal beantragt wurde!)

Eine saubere, ordentliche, grüne und vor allem auch sichere Stadt mit Autos wird von den Bürgerinnen und Bürgern sicherlich besser angenommen als eine weniger saubere/ ordentliche, unsichere Stadt ohne Autos.

Wir von der unabhängigen Wählergemeinschaft DIE HANNOVERANER wünschen uns eine Innenstadt mit interessanten, möglichst vielen Inhaber geführten Geschäften, welche die Besucher anziehen. Ein Übermaß an „Handy-Reparatur-Import-Export“-Geschäften lockt unserer Meinung nach hingegen keine solventen Kunden an.

Daher setzen wir uns für eine Senkung der Gewerbesteuer ein, um so Geschäfte und Investoren anzulocken.

Geschäftsleerstand beenden:

Zusätzlich schlagen wir vor, eine Gruppe aus Händlern, Kaufleuten, Vermietern und Vertretern der Stadtpolitik zu bilden, welche gezielt nach Händlern und Investoren suchen, die bereit sind, sich in der Innenstadt anzusiedeln.

Ansässige Kaufleute sollten im Vorfeld von geplanten Maßnahmen immer mit eingebunden werden. Ihre Ideen und Vorschläge sollten als Grundlage für sämtliche Veränderungen gelten.

Unser mittelfristiges Ziel ist es, dass Hannover zu einer Art ultimativen Shopping-Erlebnisstadt wird.

Sicherheit an erster Stelle:

Ein nicht nur personell deutlich verstärkter städtischer Ordnungsdienst ist wichtig.

Wir fordern Diensthunde für den städtischen Ordnungsdienst und eine umfassende Ausstattung für die Mitarbeiter (mit welcher sie sich ggf. auch zur Wehr setzen können), sowie im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger sehr regelmäßige, gemeinsame Streifengänge mit der Polizei.

Die Waffenverbotszone soll unserer Meinung nach 24/7 auf die gesamte Innenstadt ausgeweitet werden (auf den gesamten Bereich innerhalb des Cityrings).

Wer mit verbotenen scharfen Gegenständen erwischt wird, soll bzw. muss ein konsequentes Innenstadt-Betretungsverbot erhalten, welches selbstverständlich auch kontrolliert werden muss.

Erlebnis Innenstadt:

Unser Ziel ist es, dass der Besuch der Innenstadt ein Erlebnis wird – sicher, gut erreichbar und in einer schönen, möglichst "grünen" Umgebung.

Hannover (und nicht Hamburg oder Bremen) sollte das erste Ziel sein, wenn jemand zum Beispiel aus Soltau überlegt, zum Shoppen in die Großstadt zu fahren...

Soziales:

Auch wenn sich die Drogen-, Trinker- und Obdachlosenszene verständlicherweise nicht einfach in Luft auflösen kann, können wir dafür sorgen, dass diese Menschen außerhalb des Sichtfeldes der potentiellen Konsumenten betreut werden.

Eine in jeder Hinsicht sichere, saubere Innenstadt mit attraktiven Einkaufsmöglichkeiten wird langfristig mehr geschätzt und akzeptiert werden als eine autofreie, weniger sichere und weniger gepflegte Stadt. Davon sind wir fest überzeugt!

Wir von der unabhängigen Wählergemeinschaft DIE HANNOVERANER stehen für eine lebendige, freundliche und sichere Innenstadt, die sowohl einheimische Bürgerinnen und Bürger als auch Gäste von außerhalb begeistert.

9) WIRTSCHAFT

Keine Privatisierung von Betrieben / Unternehmen der elementaren Daseinsvorsorge!

Krankenhäuser, Rettungsdienst, Stadtwerke, Aha, ÖPNV... müssen weiter in kommunaler Hand bleiben.

Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gilt: Kein Verkauf vom „Tafelsilber“. Keine Privatisierung von städtischen Unternehmen, um so die Stadtkasse zu füllen.

Deutlicher Abbau von Bürokratie und Auflagen. Zu viele Auflagen und zu viel Bürokratie zerstören die Wirtschaft. Deswegen: Ja zu einer wirtschaftsfreundlichen Politik, um Hannover so für Investoren und Unternehmer interessanter zu machen.

Genehmigungs- und Planungsverfahren deutlich verkürzen.

Mittelständische Unternehmen stärken, fördern und wo möglich entlasten: Denn es ist vor allem der Mittelstand, der in unserer Stadt und Region die Arbeitsplätze schafft.

Ziel muss eine Erhöhung der Selbständigen-Quote in Hannover sein.

Schaffung der Stelle eines Mittelstandsbeauftragten für Hannover.

Vergabe von städtischen Aufträgen an Unternehmen aus der Region, soweit dieses gesetzlich möglich ist.

Eine für Autofahrer gut und leicht erreichbare City mit günstigen Parkgebühren stärkt die kommunale Wirtschaft! (Siehe Programmpunkt Verkehrspolitik).

Im Interesse aller Angestellten, nicht nur im Verkauf: Nein zu verkaufsoffenen Sonntagen! Der Sonntag sollte ein Tag der Ruhe sein und bleiben. Jeder Euro kann nur einmal

ausgegeben werden. Deswegen: Maximal ein verkaufsoffener Sonntag pro Jahr!

10) FINANZEN UND VERWALTUNG

Die städtischen Finanzen reichen für die Erfüllung aller Wünsche nicht aus.

Die Kommunen, auch die Stadt Hannover, müssen immer mehr Aufgaben übernehmen. Gleichzeitig steigen die Ausgaben für Sozialleistungen und Jugendhilfe immer weiter an. Somit bleibt einer Stadt wie Hannover immer weniger Geld für die wirklich wichtigen Dinge. Dieser Entwicklung muss dringend entgegengewirkt werden.

Steuer- und Gebührenerhöhungen müssen vermieden werden. Gleiches gilt für die Aufnahme neuer Schulden.

Wir sprechen uns für eine Senkung der Grundsteuer B aus.

Gebühren wie zum Beispiel Parkgebühren, Eintritte, etc. müssen so niedrig wie möglich gehalten werden, damit Hannover für auswärtige Gäste und Einheimische attraktiver wird.

Das von der hannoverschen Bevölkerung hart erarbeitete Steuergeld muss vorrangig für die Interessen ebenjener Steuerzahler verwendet bzw. ausgegeben werden.

Alle getätigten Ausgaben sollten dem Wohl und den Interessen der Gemeinheit und nicht den Interessen Weniger gelten.

Keine kommunalen Fördergelder für bloße „Prestigeprojekte“, mit denen sich bestimmte Politiker lediglich „ein Denkmal setzen wollen“.

Im Interesse der uns nachfolgenden Generationen: Stopp der von „links“ und „grün“ so oft und gern praktizierten Schuldenpolitik.

Konsequente und regelmäßige Kontrolle aller städtischen Ausgaben auf ihre Zweckmäßigkeit. Konsequentes „Durchforsten“ des städtischen Zuwendungsverzeichnisses.

Keine städtischen Fördergelder mehr für zweifelhafte / dubiose Zuwendungsempfänger! Dazu zählen insbesondere auch Zuwendungsempfänger, welche die Fördergelder für wie auch immer geartete politische Arbeit nutzen oder die ein unklares Verhältnis zu radikalen Gruppierungen haben.

Finanzielle Zuwendungen an Vereine, Projekte, Organisationen müssen mit Bedacht und zweckmäßig vergeben werden: Kein „Gießkannenprinzip“! Wichtig ist, dass die Arbeit des Zuwendungsempfängers einen nachweisbaren Nutzen für die gesamte Stadtgesellschaft hat!

Keine Gefälligkeits-Zuwendungen an das Sympathisanten-Klientel der Machthabenden.

Synergie-Effekte bei Zuwendungen: Zahlungen an mehrere Zuwendungsempfänger mit gleicher Zielsetzung lehnen wir ab.

Sparvorschläge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung stärker mit Prämien honorieren.

„Außerplanmäßige“ Steuereinnahmen müssen zu 100% in den Schuldenabbau fließen.

Insgesamt sind die deutschen Kommunen im Verhältnis zu den Leistungen, die sie erbringen müssen, unterfinanziert, zumal ihnen vor allem durch den Bund immer neue Belastungen auferlegt werden.

Die Bundesregierung sollte das Geld der Steuerzahler vorrangig den Kommunen zur Verfügung stellen. Die HANNOVERANER verlangen deshalb einen anderen Verteilungsschlüssel zwischen Bund, Land und Gemeinden für die Gesamtheit der zur Verfügung stehenden öffentlichen Gelder.

Das kreative Potential der Einwohner sollte genutzt werden, indem ein kommunales Vorschlags- und Meldewesen gegen die Verschwendung von Steuergeldern eingeführt wird.

Bei der Vergabe von Dezernenten-/ und anderen Führungspositionen in der Verwaltung gilt, wie bereits erwähnt: Nicht das Parteibuch, sondern einzig nur die Qualifikation zählt!

Ein weiteres „Aufblähen“ der Verwaltung muss durch eine deutliche effizientere Stellenplanung vermieden werden. Möglichst jede einzelne Stelle in der Verwaltung sollte auf ihre Effizienz und Wirtschaftlichkeit überprüft werden.

Bei notwendigen Neueinstellungen sollte vermehrt die Möglichkeit genutzt werden, auch Quereinsteiger, welche keine Verwaltungsausbildung / Studium haben, einzustellen.

Nein zum „Genderzwang“! Jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter in der Verwaltung und darüber hinaus in allen Bereichen der gesamten Stadt und Region Hannover muss frei entscheiden können, wie er bzw. sie spricht und schreibt.

Sanieren und gestalten statt Sanierungsstau verwalten: Bei städtischen Gebäuden, etc. muss ein Sanierungsstau, der letztlich deutlich teurer wird als regelmäßige Wartung, vermieden werden.

11) BILDUNG, SCHULE, KITA

DIE HANNOVERANER halten ein durchlässiges dreigliedriges Schulsystem mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium nach wie vor für die beste Struktur, um den unterschiedlichen Begabungen der jungen Menschen gerecht zu werden.

Wir sagen ganz klar: Leistung muss sich lohnen! Das sogenannte Leistungsprinzip darf nicht „ausgehebelt“ werden.

DIE HANNOVERANER nehmen aber auch zur Kenntnis, dass die Haupt- und Realschule bzw. die sog. Oberschule nach und nach auf die Funktion einer „Restschule“ mit vorrangig sozialpädagogischen Aufgaben reduziert worden ist.

Die aktuell favorisierte Gesamtschule sollte nicht zur Regelschule werden. Sie sollte ein Angebot unter vielen verschiedenen Bildungsmöglichkeiten bleiben, sodass eine Auswahl unter verschiedenen pädagogischen Angeboten für die Eltern oder Erziehungsberechtigten weiterhin möglich bleibt.

Die Senkung des allgemeinen Bildungsniveaus ist eine Gefahr, der alle Schulformen ausgesetzt sind. Sie kommt immer dann zustande, wenn Regelschulen eine hohe Anzahl von Kindern aus Parallelgesellschaften, die sich schon seit Jahrzehnten der Integration in Deutschland verweigert haben, ausweisen und nun zusätzlich noch mit Zuwanderern und den Erfordernissen der Inklusion konfrontiert werden. Dem muss entgegengewirkt werden.

Die Stadtverwaltung sollte sich beim Land Niedersachsen dafür einsetzen, dass nicht-lernwillige Schülerinnen und Schüler entsprechende Konsequenzen ihres Handelns spüren. Ein „Durchschleppen“ solcher Schüler darf es zukünftig nicht mehr geben. Jedes Kind muss bei der Einschulung zwingend ausreichende Deutschkenntnisse haben. Hier müssen auch die Eltern mit in die Pflicht genommen werden.

„Chancengleichheit“ bei der Bildung sollte nach Meinung der HANNOVERANER nicht am Geldbeutel der Eltern liegen, sondern in erster Linie am Willen, das eigene Kind bestmöglich zu unterstützen. Eltern, welche ihrem Kind völlige Freiheit zum Beispiel beim Medienkonsum lassen, handeln hier unverantwortlich.

Wir HANNOVERANER befürworten eine Lehrmittelfreiheit an allen Schulen, sowie kostenloses Schulessen für alle bedürftigen Schülerinnen und Schüler.

Dass den Schülerinnen und Schülern dabei ein breites Angebot aus mehreren Fleisch und auch fleischlosen Gerichten präsentiert werden sollte, versteht sich von selbst. Wer gern (Schweine)fleisch essen möchte, muss diese Möglichkeit selbstverständlich bekommen, ebenso wie Schülerinnen und Schüler, die vegane Gerichte bevorzugen.

An vielen Schulen besteht, nicht nur im Bereich der Schultoiletten, ein dringender Sanierungsbedarf. Unter dem Programmpunkt „Finanzen“ haben wir bereits darauf hingewiesen:

„Das von der hannoverschen Bevölkerung hart erarbeitete Steuergeld muss vorrangig für die Interessen ebenjener Steuerzahler verwendet bzw. ausgegeben werden.“

Ausgaben für die Sanierung von Schulen bzw. Schultoiletten gehören unserer Meinung nach definitiv dazu.

Die Schultoiletten müssen sauber und gepflegt sein und auch bleiben!

Bei Vandalismus in und an Schultoiletten bzw. generell in / am Schulgebäude müssen die Täter - sofern möglich - konsequent zur Verantwortung gezogen werden.

Die viel gelobte Inklusion ist weitgehend gescheitert. Wir HANNOVERANER wünschen uns daher im Interesse aller Schülerinnen und Schüler mit und ohne Förderbedarf eine Rückkehr und eine Stärkung der Förderschulen.

Arbeitgeber, welche Schülerinnen und Schülern aus Förderschulen eine Ausbildung ermöglichen, sollten entsprechend stark finanziell gefördert, bzw. während der Ausbildung entlastet werden.

In Deutschland herrscht Schulpflicht. DIE HANNOVERANER erwarten, dass die Schulpflicht konsequent und ausnahmslos durchgesetzt wird. Hierbei müssen alle rechtlichen Möglichkeiten restlos ausgenutzt werden.

Ja zur weiteren Digitalisierung an unseren Schulen. Jedoch nicht zu dem hohen Preis, dass die Schülerinnen und Schüler verlernen, zum Beispiel handschriftlich zu schreiben oder ein gebundenes Buch zu lesen.

Thema Gewalt und Mobbing an Schulen: Wir erwarten in einem ersten Schritt, dass endlich „Ross und Reiter“ benannt werden! Von wem geht die Gewalt aus? Ein Kleinreden und/oder Relativieren von offensichtlichen Problemen hilft keinem!

Lehrkräfte, die den Mut haben, die Probleme offen beim Namen nennen, dürfen auf keinen Fall Angst vor negativen Konsequenzen haben.

Gewalttaten und andere Straftaten an Schulen müssen absolut konsequent verfolgt und geahndet werden. Gewalttätige oder sonst wie straffällig gewordene Schüler ab 14 Jahren müssen behandelt werden wie richtige Straftäter. Mit allen Konsequenzen.

Wir HANNOVERANER befürworten den Einsatz von Sicherheitsdiensten an sämtlichen Schulen in Brennpunktgebieten. Selbstverständlich muss dieser Sicherheitsdienst personell und materiell entsprechend gut ausgestattet sein und über weitreichende Kompetenzen verfügen.

Einführung einer Meldepflicht bei Gewalt und/oder Mobbing gegen Schüler und/oder Lehrer

Des Weiteren fordern wir die Einführung einer Meldepflicht nicht nur bei rechtsextremen, sondern zwingend auch bei islamistischen, antisemitischen und linksextremen Vorfällen an unseren Schulen.

Ehrenamtliche Netzwerke für Lern- und Lesepartnerschaften müssen stärker gefördert werden.

„Schule mit Courage – Schule gegen Rassismus“: Bedauerlicherweise ist es so, dass die Realität an vielen Schulen mit dieser „Auszeichnung“ eine andere ist: „Couragiert“ vorgegangen wird oft nur dann, wenn ein Schüler mit Migrationshintergrund beleidigt o.ä. worden ist. Diskriminierungen von migrantischen Schülern gegen Schüler ohne Migrationshintergrund („Deutschenfeindlichkeit“) oder gar antisemitische Ausfälle werden an diesen Schulen zu oft ignoriert. DIE HANNOVERANER fordern daher die Rücknahme dieser „Auszeichnungen“ und den Stopp sämtlicher Fördergelder für dieses Projekt.

Der Beruf der Erzieherin / des Erziehers muss deutlich attraktiver werden, um mehr junge Leute für diesen Beruf zu begeistern. Die Einflussmöglichkeiten der Stadt legen da insbesondere auch im finanziellen Bereich. (Siehe dazu auch den Programmpunkt „Familie“)

12) SOZIALES

Hilfsbedürftigen Personen muss selbstverständlich geholfen werden.

DIE HANNOVERANER wollen, dass in erster Linie den wirklich und nachweislich Bedürftigen geholfen wird!

Aus diesem Grund fordern wir auch eine strikte Kontrolle der Sozialleistungen, um Missbrauch/Betrug zu vermeiden.

Personen, welche sich auf betrügerische Weise unberechtigt Sozialleistungen erschleichen, müssen zukünftig hart, konsequent und wirksam bestraft werden. Gleiches gilt für Personen, Institutionen, etc., welche beim Erschleichen der Leistungen behilflich sind.

Senioren müssen in vielerlei Hinsicht, nicht nur finanziell, sondern auch mit weiteren sozialen Programmen, stärker unterstützt werden.

Die Hilfe und die Unterstützung für unsere Senioren, die in der Regel ein Leben lang hart gearbeitet und damit einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft geleistet haben, ist wichtiger als die Unterstützung für Personen, welche noch nie einen einzigen Euro in unser Sozial- und Steuersystem einbezahlt haben.

Selbstverständlich möchten wir HANNOVERANER, dass allen wirklich und nachweislich bedürftigen Personen geholfen wird. Da die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel jedoch begrenzt sind, ist es unerlässlich, entsprechende Prioritäten zu setzen.

Tatsache ist: Der Sozialstaat insgesamt ist zu teuer.
Die Kommunen sind mehr und mehr überfordert mit den Kosten, die der Bund ihnen an Sozialleistungen abverlangt.

Die Kosten, vor allem auch für "Soziales", müssen gesenkt und gleichzeitig die Einnahmen verbessert werden.

Jugendlichen und jungen Leuten mit Problemen muss geholfen werden. Auch hier befürworten wir das System „Fördern und Fordern“. Es ist nicht Aufgabe der Jugendhilfe, teilweise bewusst „faulen“ jungen Leuten die Arbeit abzunehmen. Hilfe zur Selbsthilfe ist besser als eine Rundum-Betreuung.

Die Qualität der von den diversen Vereinen und Organisationen angebotenen Jugendarbeit muss stärker als bisher regelmäßig auch auf ihre Effizienz hin kontrolliert werden.
Jugendarbeit muss unbedingt politisch neutral sein und bleiben! Das gilt insbesondere auch für die Jugendzentren in der Stadt. Vereine, Organisationen, etc., welche sich daran nicht halten, sind von der städtischen finanziellen Förderung auszuschließen!

Obdachlose Personen müssen die Möglichkeit haben, in Würde zu leben: Für eine menschenwürdige, von den Obdachlosen auch akzeptierte Unterbringung und Betreuung.
Ein Grund für die steigende Anzahl von Obdachlosen in der Stadt und damit auch für die zunehmenden Probleme bei der Unterbringung ist auch die Armuts-Zuwanderung. Diese muss, soweit möglich, unterbunden werden.

Mitarbeiter von städtischen Wohnungsbaugesellschaften sollten gemeinsam mit einem Sozialarbeiter obdachlosen Personen aktiv bei der Wohnungssuche helfen. (Ausfüllen von Bewerbungsbögen u.ä.)

13) ZUWANDERUNG UND INTEGRATION

"Menschen, die in ihren Herkunftsländern politisch verfolgt sind, bedürfen unserer Hilfe"

In den 60er und 70er Jahren kam es in der Bundesrepublik zu einer starken Anwerbung von ausländischen Arbeitnehmern. Sie wurden mit befristeten Verträgen zumeist in der industriellen

Massenabfertigung und im Bergbau eingesetzt, also Arbeitsbereichen, die zu der damaligen Zeit keine großen Qualifikationen verlangten, jedoch einen großen Arbeitskräftebedarf aufwiesen.

Nach dem Anwerbestopp 1973 kehrten einige Arbeitsmigranten in ihre Heimat zurück, andere holten ihre Familien aus den Herkunftsländern nach und entschieden sich so, langfristig in Deutschland zu bleiben.

Während sich viele der ehemaligen „Gastarbeiter“ in Deutschland hervorragend integrierten, kam es leider gerade bei den vorwiegend islamisch geprägten Gruppierungen zur Bildung von Parallelgesellschaften.

Deren Angehörige sind mittlerweile in der dritten und vierten Generation in Deutschland ansässig, haben zum größten Teil die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, identifizieren sich jedoch leider zu häufig mehr mit dem Heimatland ihrer Großeltern und weniger mit dem Land, in dem ihr eigentlicher Lebensmittelpunkt liegt.

Religionsgemeinschaften und Organisationen, die auch aus dem Ausland finanziert werden, unterstützen diese bedenkliche Entwicklung.

Rücksichtnahmen auf vermeintlich „kulturelle“ Besonderheiten, hinter denen sich häufig fundamentalistische Radikalisierungen verstecken, werden von den Angehörigen dieser Parallelgesellschaften eingefordert und leider auch von der herrschenden Ideologie einer scheinbaren „Vielfalt“ zu oft mit Sonderrechten bedacht.

Anstatt Probleme, die durch und mit diesen Parallelgesellschaften entstehen, bewusst zu benennen und dagegen vorzugehen, werden sie von den politisch-kulturellen Eliten negiert.

Auf diese Art und Weise wird nicht Integration, sondern – im Gegenteil – die Fragmentierung und Spaltung unserer Gesellschaft gefördert.

Großangelegte mafiöse Strukturen, die sogenannte „Clankriminalität“, haben in Deutschland Fuß gefasst und tragen dazu bei, dass die Sicherheitslage in vielen Städten von der Bevölkerung zunehmend als prekär empfunden wird.

Darüber hinaus ist unser Land von Armutszuwanderung aus der EU genauso belastet, wie von den Auswirkungen einer Zuwanderung, die seit 2015 den Migrationsdruck auf unser Land verschärft hat.

Menschen, die in ihren Herkunftsländern politisch verfolgt sind, bedürfen unserer Hilfe. Diese Hilfe muss jedoch ortsnah erfolgen. Eine Flucht über mehrere Ländergrenzen hinweg, mit dem Ziel, in Deutschland zu leben, vermittelt aber eher den Eindruck, dass es sich bei diesen Menschen weniger um Asylanten als um Wirtschaftsflüchtlinge handeln muss.

Solche kommen wegen der erhofften sozialen und wirtschaftlichen Wohltaten, die sie sich in und von Deutschland erhoffen, in unser Land und tragen dazu bei, dass die Ausgaben für Sozialleistungen immer weiter ansteigen.

Gerade auch die Kommunen sind mittlerweile überfordert.

Da zu viele Personen finanzielle Unterstützung erhalten, darunter auch viele, die diese Hilfe eigentlich gar nicht nötig hätten, fehlt den Kommunen immer öfter das Geld für die wirklich wichtigen Dinge.

DIE HANNOVERANER begrüßen die Einführung der sog. Bezahlkarte.

Diese bietet die Möglichkeit, die Zuwanderung zu begrenzen und verhindert, dass Gelder, welche eigentlich dem Lebensunterhalt in Deutschland dienen sollen, in die Heimatländer der Geflüchteten transferiert werden.

Kriminelle Versuche, das System der Bezahlkarte "auszuhebeln", müssen entsprechend bestraft werden!

Des Weiteren befürworten DIE HANNOVERANER eine Arbeitspflicht für Asylsuchende, wie sie bereits in einigen Kommunen, wie zum Beispiel Peine, eingeführt wurde.

Die o.g. Form der Zuwanderung übt auch Druck auf die städtische Infrastruktur aus, wodurch Wohnungsknappheit und ein überfüllter ÖPNV begünstigt wird.

Ein Teil dieser Einwanderer weist nur wenige Qualifikationen auf, sodass eine Integration in eine Gesellschaft, deren größtes Kapital das Wissen und Fachkompetenz darstellt, sich schwierig gestalten wird.

Eine „Integration“ dieser Einwanderungsgruppe in bestehende Parallelgesellschaften, wie sie schon jetzt teilweise an unseren städtischen Schulen erfolgt, erzeugt darüber hinaus neue Probleme, deren zukünftige Auswirkungen wir durch einen Blick auf Frankreich erahnen können.

Diese von einigen propagierte und geförderte multikulturelle Gesellschaft, gleicht weniger einem "bunten" und freundlichen Markttreiben, wie es sich so mancher vorstellen mag, sondern erzeugt ein tristes Nebeneinander von verschiedenen Ethnien und Kulturen, die auf keine gemeinsamen Werte und Normen zurückgreifen können und diese beständig, auch durch Konflikte, neu aushandeln müssen.

DIE HANNOVERANER fordern daher ein grundsätzliches Umdenken in der Zuwanderungsfrage.

Sie erwarten einerseits von den schon dauerhaft hier lebenden Migranten eine weitestgehende Integration und Assimilation gemäß den Regeln des Gastgeberlandes und andererseits eine klare, auch zahlenmäßige Begrenzung und Steuerung zukünftiger Zuwanderung durch die politisch Verantwortlichen.

In diesem Zusammenhang begrüßen DIE HANNOVERANER die Initiative der seit 2025 amtierenden neuen Bundesregierung bezüglich einer Verschärfung der Asylpolitik.

Die Zuwanderung hat in erster Linie den Interessen Deutschlands zu dienen.

Die Integration von Ausländern wird nur dann gelingen, wenn die Zahl der zu uns kommenden Menschen aus anderen Kulturkreisen begrenzt bleibt, der kulturelle Abstand der Migranten zur deutschen Bevölkerung nicht zu groß ist und die Zuwanderer über geeignete berufliche Qualifikationen verfügen, damit sie ihren Lebensunterhalt in Deutschland ohne staatliche Unterstützung durch Erwerbsarbeit bestreiten können.

DIE HANNOVERANER verlangen von den Zuwanderern nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine langfristig angelegte kulturelle Anpassung.

Unter Integration ist die schrittweise Identifikation eines Zugewanderten mit Deutschland als seiner Heimat zu verstehen. Dazu gehört auch die Nutzung der deutschen Sprache.

Als verbindliche Richtlinie für die von den Zugewanderten zu erbringende Anpassungsleistung hat die sog. „deutsche Leitkultur“ zu gelten.

Sie basiert auf der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, auf unserer Rechtsordnung und auf den Werten der abendländischen Kultur Europas, die durch Christentum, Aufklärung und Humanismus geprägt ist.

Die Einbürgerung der Zugewanderten und damit der Erwerb staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten haben nicht am Anfang, sondern erst ganz am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses zu stehen.

Es hat der Grundsatz zu gelten: Keine Partizipation ohne Integration!

DIE HANNOVERANER sagen klar „Ja“ zur Religionsfreiheit! Allerdings gilt auch hier wie in vielen anderen Bereichen:

Jede/r soll seine Religion , seinen Glauben frei leben, sofern dadurch keine anderen Individuen benachteiligt werden.

Eine „Bevorzugung“ von bestimmten Religionen und/oder Ethnien muss unbedingt vermieden werden!

Die Politik und die Verwaltung von Stadt und Region Hannover müssen deutlich konsequenter als bisher gegen islamistische Tendenzen in allen Bereichen der Stadtgesellschaft vorgehen!

Es muss unmissverständlich klar sein: In Deutschland bzw. In Hannover gilt ausschließlich das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland! Jeglicher wie auch immer zum Ausdruck gebrachter Wunsch nach einer „Einführung von Regeln der Scharia“ muss zwingend unterbunden werden.

Generell ist festzuhalten:

Die unabhängige Wählergemeinschaft DIE HANNOVERANER hat keinerlei Probleme mit Menschen aus anderen Ländern, Kulturen oder Religionen!

Womit wir allerdings ein sehr großes Problem haben, das sind Personen,

- die Frauen und Andersdenkende wie Menschen zweiter Klasse behandeln
- die Meinungsverschiedenheiten mit Gewalt lösen wollen
- die in welcher Form auch immer unverhältnismäßig aggressiv oder gewaltbereit sind
- die sich Sozialleistungen erschleichen oder die auf andere Weise kriminell sind
- die dem Staat und der Gesellschaft auf welche Weise auch immer „auf der Nase herumtanzen“
- die unsere heimische Kultur und deutsche Sprache nicht akzeptieren

Offensichtlich vorhandene Probleme im Bereich der Integration müssen endlich offen und ehrlich und ohne Angst vor eventuellen negativen Konsequenzen benannt werden!

Selbstverständlich sachlich, konstruktiv und ohne zu „pauschalisieren“! („Der Ton macht die Musik“)

Ein Verschweigen, Relativieren oder Kleinreden von Problemen verschlimmert diese nur und wird zu einem weiteren Ansteigen der ohnehin zu hohen Politikverdrossenheit führen.

Für uns HANNOVERANER gilt der folgende Grundsatz, der eigentlich für alle gelten sollte:
Wer unsere Werte verachtet, hat hier nichts zu suchen.

Oder um es mit den Worten des großen deutschen Dichters Johann Wolfgang von Goethe zu sagen: „Wer sich den Gesetzen nicht fügen will, muss die Gegend verlassen, wo sie gelten.“

Jedem muss klar sein bzw. werden:

Eine berechtigte Kritik an einem Fehlverhalten von Personen mit Migrationshintergrund ist kein „Rassismus“!

14) UMWELT

Im Bereich der Umweltpolitik gilt ebenso wie bei der Verkehrspolitik: „Fakten statt Ideologie“.

Wir HANNOVERANER sagen klar „Ja“ zu Umwelt- und Klimaschutz.

Alle politischen Entscheidungen müssen jedoch aufgrund von klaren wissenschaftlichen Erkenntnissen getroffen werden. Ideologie ist hier fehl am Platze.

DIE HANNOVERANER nehmen den fortschreitenden Klimawandel mit Sorge zur Kenntnis und sehen die Notwendigkeit des Handelns, um dem Klimawandel im Rahmen unserer – kommunalen – Möglichkeiten entgegenzuwirken. Gerade auf Ebene der Region Hannover mit ihren über 1,2 Millionen Einwohnern ist hier einiges erreichbar.

Uns ist bewusst, dass dieser (Klimawandel) in erster Linie global bekämpft werden muss bzw. kann. Dennoch halten wir es für richtig, dass auch auf kommunaler Ebene durch die Ergreifung von sinnvollen Maßnahmen mit gutem Beispiel vorangegangen wird.

Maßnahmen gegen den Klimawandel sollten auch auf kommunaler Ebene sinnvoll und nachhaltig sein und keinesfalls aus „ideologisch“ motivierten Gesichtspunkten ergriffen werden.

Die unabhängige Wählergemeinschaft DIE HANNOVERANER spricht sich nicht generell gegen die Energiewende aus. Allerdings muss der Übergang langsam erfolgen. Kernkraft und Kohlekraftwerke werden mit Sicherheit noch deutlich länger benötigt werden, als von einigen politischen Akteuren gewünscht. Gerade wenn man sich die wissenschaftlichen Fortschritte, zum Beispiel bei der Kernfusion, anschaut.

Umwelt- und energiepolitische Maßnahmen müssen die Bürgerinnen und Bürger überzeugen. Zwang (zum Beispiel beim Thema Photovoltaik, aber auch bei anderen umwelt- und klimapolitischen Themen), lehnen wir ab.

Für den Erhalt unserer Kleingärten! Keine Zerstörung von langjährig gewachsenen Kleingartenkolonien zum Zwecke der Wohnbebauung.

Ja zu mehr „Grün“ in der City. Aber mit Augenmaß! Bei der begrüßenswerten Begrünung von Dächern, Fassaden, Haltestellen, etc. darf die aufwändige Pflege der Flächen nicht aus den Augen verloren werden.

Schaffung von Grünflächen / Blumenwiesen als Lebensräume für Insekten in der City.
Auf Verkehrsinseln ebenso wie auf den hannoverschen Kreisverkehren.

15) LANDWIRTSCHAFT, LANDSCHAFT UND JAGD

Die Region Hannover ist teilweise stark landwirtschaftlich geprägt. Daher stehen wir fest hinter unserer heimischen Landwirtschaft!

Regionalen Anbau stärken und Landwirtschaft zukunftsfähig machen!

Der Wolf wird in Deutschland und besonders in Niedersachsen immer mehr zur Gefahr für die Menschen und zum Problem für unsere Landwirte und deren Weidetiere.

DIE HANNOVERANER setzen sich deshalb dafür ein, dass dessen Bestand nun reglementiert wird.

Jagd und Fischerei gilt es als notwendiges Element der Symbiose zwischen Mensch und Natur besonders zu bejahen!

Landschafts- und Naturräume wie beispielsweise unser Stadtwald die Eilenriede, das einzigartige Steinhuder Meer, unsere Hausberge der Deister, unsere alten Moore und Wälder, die schöne Leine und unsere gesamte Natur müssen unbedingt erhalten und, wo immer möglich, weiter für die Naherholung zugänglich gemacht werden.

16) KULTUR UND SPORT

Kultur muss politisch neutral sein und bleiben. Sie darf nicht zur politischen Beeinflussung der Bürgerinnen und Bürger missbraucht werden.

Alte Traditionen und Brauchtümer (besonders „typisch auch hannoversche“) sollten gefördert werden, damit sie lebendig bleiben.

Alte Wörter aus dem hannoverschen Sprachgebrauch dürfen nicht in Vergessenheit geraten.

Die Mittel zur finanziellen Förderung von Vereinen, Organisationen, etc. sind begrenzt. Daher: Weniger Fördergelder für politisch nicht-neutrale Vereine, dafür mehr Förderung für unsere Sportvereine. Die Schließung von Sportvereinen muss verhindert werden.

Für eine bessere Vernetzung von Sportvereinen mit Schulen und Kindertagesstätten

Ja zu sportlichen Großveranstaltungen in Hannover. Auch hier gilt: Es geht um den Sport und um Spaß! Ideologie, ganz gleich welcher Art, hat hier nichts zu suchen.

Sport kann die Integration fördern! Doch auch hier gilt: Integration ist keine Einbahnstraße.

In Hannovers Schwimmbädern und besonders in den Freibädern müssen konsequente und strenge Kontrollen mit entsprechenden Sanktionen stattfinden: Übergriffe und Zustände wie in Freibädern anderer Städte wie zum Beispiel Berlin, müssen unbedingt verhindert werden. Wer sich im Schwimmbad nicht an die Regeln halten kann oder will, muss im Interesse der „friedlichen“ Gäste mit entsprechend harten Sanktionen rechnen.

Das Image von Hannover in Deutschland und der Welt ist „ausbaufähig“!

Wir fordern daher mehr Mut auch zu ausgefallenen Kampagnen, um das Negativ-Image der „langweiligen grauen Maus“ abzulegen!

Hannover ist – was kaum jemand weiß – eine Hansestadt! Diese Tatsache sollte touristisch deutlich mehr hervorgehoben werden. Gleiches gilt für den Ruf Hannovers als internationale Messestadt sowie den historischen Status als Stadt der Welfen.